Der Missbrauch der Märkte

Als 1989 die Mauer fiel, schob man dies auch auf die marode Volkswirtschaft in der DDR. Mit dem Versagen der sozialistischen Planwirtschaft würden auch die kommunistischen Staaten bald von der Bildfläche verschwinden, dachte nicht nur Francis Fukuyama, der in seinem Buch „Das Ende der Geschichte“ den Sieg der Demokratie ausrief. Doch China, Russland, Vietnam und Kuba waren schlauer. Sie reagierten auf das Scheitern ihrer Wirtschaftskonzepte nicht mit der Öffnung zur Demokratie – jedenfalls nicht nach unserem Verständnis. Sie machten sich vielmehr kapitalistische Fertigkeiten zu eigen und ließen Investoren unter strenger Aufsicht in ihr Land.

2008 konstatierte die Intelligence Unit des *Economist*, dass der Ausbreitungsprozess der Demokratie zum Stillstand gekommen sei und man ohnehin nur bei 30 Ländern von „vollständigen“ Demokratien sprechen könne. Ansonsten gebe es Demokratien mit Mängeln, Hybrid-Demokratien und autoritäre Staaten.

Der Amerikaner Ian Bremmer hat sich nun mit den wirtschaftlichen Aktivitäten dieser Hybrid-Demokratien und autoritären Staaten befasst. Er spricht von „Staatskapitalismus“, weil Saudi-Arabien, Russland, China, Iran und andere die Rolle des führenden wirtschaftlichen Akteurs spielen und die Märkte zu ihrem Vorteil nutzen. Dem Politologen und Journalisten ist ein Buch gelungen, das die Geschichte von Kapitalismus und Merkantilismus zum Ausgang nimmt, um zu erklären, wie die ökonomischen totalitären Strukturen in Iran, in China und Russland funktionieren.

Was die großen neuen Akteure auf dem Markt können, lernen auch die kleinen. Hugo Chávez nutzte die Zeiten des hohen Ölpreises, um einerseits soziale Projekte im Inland zu finanzieren und zum anderen schwachen Partnerländern wie Kuba mit vergünstigtem Öl unter die Arme zu greifen. Rohstoffnationalismus nennt Bremmer diese Form des Umgangs mit den heimischen Bodenschätzen. Das alles wäre der Aufregung nicht wert, würde der sich ausbreitende Staatskapitalismus nicht das wirtschaftliche Gleichgewicht des weltweiten Handels stören. Gegen Staatsunternehmen mit einem Kapital von 300 Milliarden Dollar kommt kein internationaler Großkonzern mehr an.

Ian Bremmer: Das Ende des freien Marktes. Der ungleiche Kampf zwischen Staatsunternehmen und Privatwirtschaft. Aus dem Amerikanischen von Karsten Petersen. Carl Hanser Verlag, München 2011, 222 Seiten, 19,90 Euro.

Voller Misstrauen schauen wir seit vielen Jahren auf Länder, die nicht unseren liberalen Vorstellungen und freiheitlich-demokratischen Grundgedanken entsprechen. In Saudi-Arabien dürfen Frauen nicht Auto fahren. Russland ist keine lupenreine Demokratie. In China herrscht keine Meinungsfreiheit. Wenn die Regierungen dann die Wirtschaft dominieren, schrillen die Alarmglocken. Tun das europäische Staaten, stört das weniger. Norwegen besitzt durch seinen Ölreichtum nach Abu Dhabi und Saudi-Arabien den drittgrößten Staatsfonds der Welt. Aber die Dominanz des Staates in der norwegischen Wirtschaft erregt kaum Anstoß. Glauben wir dem Autor, dient das norwegische Staatsunternehmen Statoil Hydro einzig dem Zweck,Gewinne zu erwirtschaften. Die China National Petroleum Corporation dagegen solle der Kommunistischen Partei dabei helfen, ihr Machtmonopol über die chinesische Politik zu bewahren.

„Mehr Markt, weniger Staat“ – der alte Slogan stimmt nicht mehr so ganz. Denn es kommt wohl vor allem darauf an, wie der Staat beschaffen ist. In den westlichen Demokratien brauchen wir uns über einen zu großen Einfluss des Staates auf die Wirtschaft kaum Sorgen zu machen. Die wirkliche Gefahr aber kommt aus den Staaten mit demokratischen Defiziten. Es sollte also wohl besser heißen: „Mehr freier Markt, weniger autoritärer Staat.“ *Ulrich Brömmling*

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de